

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesdelegiertenversammlung (dort beschlossen am: 09.11.2025)

Titel: **LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 - Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten

1 Gerechtigkeit ist das Fundament eines starken und solidarischen Miteinanders.
2 Für uns heißt gerecht gestalten, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz –
3 unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Einkommen – gleiche Chancen
4 haben. Bildung ist dafür der Schlüssel: Wir wollen, dass jedes Kind die
5 bestmögliche Förderung bekommt, ob in der Kita, in der Schule oder in der
6 Ausbildung. Weiterbildung soll für alle möglich sein. Jugendliche brauchen Orte,
7 an denen sie sich ausprobieren und mitgestalten können. Arbeit muss fair bezahlt
8 werden. Wer Unterstützung braucht, muss sie zielgenau bekommen. Familien
9 brauchen verlässliche Betreuung, Pflegekräfte faire Arbeitsbedingungen, Menschen
10 mit Behinderungen volle und gleichberechtigte Teilhabe. Wir setzen uns für eine
11 Gesundheitsversorgung ein, die wohnortnah und am Menschen orientiert ist und für
12 einen starken Verbraucherschutz, der Sicherheit gibt. Antidiskriminierung,
13 Gleichstellung und die Rechte von Frauen, genauso wie von queeren Menschen, sind
14 für uns unverhandelbar. Integration bedeutet für uns, dass Zugezogene hier im
15 Land ein Zuhause finden und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
16 Gerechtigkeit zeigt sich nicht in großen Worten, sondern im gelebten Alltag, der
17 für alle funktioniert. Wir streben deshalb eine inklusive und barrierefreie
18 Gesellschaft an – und dafür machen wir GRÜNE Politik.
19

20 **Kinder und Familie**

21 **Familie und Beruf unter einem Hut**

22 Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb setzen wir uns für mehr
23 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Arbeitsrecht, das zu
24 unterschiedlichen Lebensphasen und Lebensentwürfen passt und für eine
25 familienfreundliche Unternehmenskultur. Alleinerziehende müssen dabei besonders
26 berücksichtigt werden. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Wir setzen uns
27 auf Bundesebene dafür ein, dass das Kinderkrankengeld zu einer vollen
28 Lohnersatzleistung für gesetzlich Versicherte wird. Genauso wie für eine Reform
29 des Elterngelds. Wir wollen, dass längere Elternzeiten auch für Väter
30 attraktiver werden. Auch unsere Landesverwaltung soll familienfreundlicher
31 werden: mit mehr 75 %-Stellen und Führungsjobs in Teilzeit. Kita-Gebühren - auch
32 für U2 Kinder - wollen wir vollständig abschaffen.

33 **Familien entlasten – finanziell und im Alltag**

34 Wohnen, Mobilität, Freizeit: Jede Familie braucht Platz, Zeit und
35 Bewegungsspielraum. Für einen guten Start ins Leben führen wir eine Familienbox
36 zur Geburt ein, ein Startset mit allem, was in den ersten Lebensmonaten des
37 Kindes benötigt wird. Die Familienkarte in Rheinland-Pfalz machen wir
38 automatisch für alle verfügbar. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderprodukte
39 geringer besteuert werden. Und wir sagen klar: Das Ehegattensplitting gehört
40 abgeschafft. Familienpolitik muss sich an Kindern orientieren – nicht an alten
41 Rollenbildern.

42
43 Wir setzen uns ein für ein kostenfreies, gesundes und regionales Mittagessen für
44 alle Kinder

45 **Kinderarmut beenden, Kinderrechte stärken**

46 Jedes Kind soll ohne Armut aufwachsen. Ob in Freizeit, Sport oder der Kunst:
47 Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Wir wollen eine echte Kindergrundsicherung
48 genauso wie höhere Leistungen für Bildung und Teilhabe und setzen uns dafür auf
49 Bundesebene verstärkt ein.

50 Kinder sollen mitreden können: in der Kita, in der Schule, im Alltag, in der
51 Kommune. Das Recht von Kindern zur politischen Beteiligung gehört ins
52 Grundgesetz und in unsere Landesverfassung. Wir GRÜNE haben uns dafür
53 eingesetzt, dass Jugendbeteiligung heute fester Bestandteil der Gemeindeordnung
54 ist. Kinderbeteiligung soll genauso selbstverständlich werden.

55 **Hilfe für Familien in herausfordernden Lebenssituationen**

56 Wenn das Leben aus dem Gleichgewicht gerät, braucht es schnelle Unterstützung.
57 Wir bauen Anlaufstellen für Familien in Not aus und stärken und vernetzen
58 Familienzentren, familienorientierten Verbraucherschutz und die
59 Schuldnerberatung. Das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ bringen wir in
60 alle Geburtskliniken in Rheinland-Pfalz und wir schaffen mehr Stellen für
61 Familienhebammen. Frühe Hilfen sollen bis zum sechsten Lebensjahr weitergeführt
62 werden. Personen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir eine verlässliche
63 wohnungs- und beratungsbezogene Unterstützung bieten, um einen
64 gleichberechtigten Start ins Erwachsenenleben zu sichern.

65 Familien mit einem Kind oder Elternteile mit Behinderung stehen im Alltag vor
66 besonderen Herausforderungen. Eltern mit Behinderungen wollen wir durch einen
67 bedarfsgerechten Ausbau der Elternassistenz unterstützen, damit sie ihre
68 Erziehungsaufgaben selbstbestimmt und gleichberechtigt wahrnehmen können.

69 Gemeinsam mit anderen Bundesländern haben wir uns im Bundesrat dafür eingesetzt,
70 dass auch Pflegeeltern Elterngeld bekommen. Wir werden weiter auf die Umsetzung
71 drängen.

72 **Kinder besser schützen**

73 Jedes Kind soll gewaltfrei aufwachsen – dafür setzen wir uns ein. Mit dem
74 landesweiten Pakt gegen sexualisierte Gewalt sind wir neue Wege gegangen. Mit
75 dem bundesweit ersten Betroffenenbeirat haben wir eine unersetzliche Perspektive
76 von Fachleuten, deren Empfehlungen wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen.
77 Darüber hinaus setzen wir mit dem Amt eines/einer Landesbeauftragten gegen
78 sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen bei der Landesregierung einen
79 Meilenstein für die politische Vertretung von betroffenen Kindern und
80 Jugendlichen im Kampf gegen sexuellen Missbrauch.

81 Wir wollen, dass bis spätestens 2029 überall, wo mit Kindern gearbeitet wird –
82 ob in der Schule, im Verein oder im Ferienlager – ein verbindliches
83 Schutzkonzept vorliegt. Dafür stärken wir die Fachkräfte, vor allem in den
84 Kinderschutzdiensten, aber auch im pädagogischen Landesinstitut. Polizei und
85 Justiz werden wir weiter schulen, damit sie kindgerecht arbeiten können. Bei der
86 Bekämpfung von Darstellungen von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet setzen
87 wir uns dafür ein, dass Polizei und Justiz die bei Ermittlungen bekannt
88 gewordenen Speicherorte an Hostingunternehmen im In- und Ausland zur
89 freiwilligen Löschung der Daten weitergeben. Wir verbessern die Prozesse in
90 Gerichtsverfahren mit Kindern, die sexualisierte Gewalt erleben mussten. Und wir

91 stärken die Kinderschutzdienste im Land. Wir bauen die Opfer- und
92 Entschädigungsberatung aus und sichern die Weiterfinanzierung der „Nummer gegen
93 Kummer“. Denn: Kein Kind soll mit seinem Trauma allein bleiben.

94 **Frühkindliche Bildung**

95 Jedes Kind verdient eine liebevolle, verlässliche und wohnortnahe Kita – mit
96 Herz, Qualität, gesundem Essen und Raum zum Entfalten. Dafür schaffen wir
97 ausreichend Kita-Plätze und gewinnen mehr qualifiziertes Personal durch eine
98 flächendeckend berufsbegleitende, entsprechend gut bezahlte Ausbildung,
99 Anerkennung ausländischer Abschlüsse und gezielte Fortbildungen. Um das Recht
100 von Kindern mit Behinderung auf Inklusion und Teilhabe zu sichern, setzen wir
101 uns für die Schaffung eines Inklusionsbudgets für Kitas ein.

102 **Starke Fachkräfte – starke Kitas**

103 Gute Betreuung braucht gute Arbeitsbedingungen. Wir kämpfen für faire Bezahlung,
104 mehr Zeit für die Leitung einer Kita und die Anleitung von Auszubildenden. Zudem
105 sorgen wir für einen besseren Personalschlüssel, der Hand in Hand mit der
106 Fachkräftegewinnung geht. Außerdem setzen wir auf starke Trägerstrukturen und
107 unterstützen Trägerzusammenschlüsse. So sichern wir Qualität, entlasten
108 Fachkräfte und machen den Beruf attraktiver.

109 **Kitas als Familienorte**

110 Kitas sollen Orte der Begegnung für Kinder und Eltern sein. Deshalb bauen wir
111 Familienzentren aus und stärken die Kita-Sozialarbeit. Für echte Teilhabe setzen
112 wir auf inklusive Bildung von Anfang an und sorgen dafür, dass die Kitas im Land
113 diese Aufgabe auch meistern können.

114 **Naturnahe Bildung in Kita und Schule**

115 Ein weiteres Ziel ist, Kinder schon im frühen Alter an die Natur als Lernort
116 heranzuführen. So kann von klein auf ein breites Verständnis für die Abläufe und
117 Zusammenhänge in der Natur erlernt werden. Wir wollen entsprechende Konzepte und
118 Angebote in allen Kitas und Schulen.

120 **Ein guter Start in die Schule**

121 Kinder sollen mit Mut und Freude in die Schule starten. Durch frühzeitige
122 Förderung, gezielte Sprachbildung und verlässliche Strukturen schaffen wir einen

123 fließenden Übergang von der Kita in die Grundschule. Damit Bildung von der
124 ersten Klasse an gut vermittelt werden kann, setzen wir uns für eine
125 verbindliche Sprachstandserhebung aller Kinder im Vorschulalter ein.
126 Sprachkompetenz ist die Grundlage für schulischen Erfolg. Entsprechende
127 Angebote, wie z. B. im Rahmen des Sozialraumbudgets und Sprachbeauftragte an
128 Kitas wollen wir erweitern und ausbauen.

129 **Schule**

130 **Für einen kindgerechten Ganztag**

131 Ganztagschulen sind mehr als Betreuung. Sie brauchen Angebote, die Kinder
132 begeistern – mit Musik, Bewegung, Natur, Sport und Kunst. Dafür setzen wir auf
133 starke Kooperationen, Partizipation aller am Ganztag Beteiligten – insbesondere
134 der Kinder – und auf gut ausgebildete und gut bezahlte Fachkräfte. Der Ganztag
135 soll nicht überfordern, sondern bereichern. Ganztagschulen entfalten ihre volle
136 Wirkung erst durch anspruchsvolle Zusatzangebote, bspw. an außerschulischen
137 Lernorten und durch eine stärkere Sprach- und Sozialkompetenzförderung. Wir
138 wollen sie daher finanziell stärken und personell aufwerten und gezielt
139 weiterentwickeln. Die Ganztagsförderung an Grundschulen wollen wir wohnortnah,
140 bedarfsgerecht und flächendeckend ausbauen. Perspektivisch soll in allen
141 Schulbezirken die Ganztagschule in Angebotsform etabliert sein. Wir wollen den
142 Ganztag im Klassenverband durch die Einrichtung von Ganztagsklassen zum Standard
143 machen. Diese Schulen sollen den Rhythmus bestimmen und die Möglichkeit
144 erhalten, Schulunterricht, freie Arbeitsphasen, Bewegung und freie Zeiten über
145 den ganzen Tag zu verteilen.

146 **Gute Räume für gutes Lernen**

147 Neue Überschrift: Gute Räume für ein gutes Lernen

148
149 Gute Bildung benötigt gute Lernorte. Um das Lernen auch in den zunehmenden
150 Hitzeperioden zu ermöglichen, benötigen wir temperaturregelnde Maßnahmen, wie
151 z.B. Sonnenverschattung für alle Lernräume. Wir setzen uns für ein landesweites
152 Sanierungsprogramm ein, um schadstoffbelastete Lernräume und auch die Toiletten-
153 und Duschanlagen zu sanieren. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Schulgebäude
154 barrierefrei werden und mit Rückzugsorten und grünen Schulhöfen Raum für
155 kreatives Lernen bieten. **Wir setzen uns dafür ein, dass kostenfreie Hygiene- und**
156 **Menstruationsartikel für auf Schultoiletten verfügbar sind.**

157 **Lehrkräfte stärken, Unterricht weiterdenken**

158 **Unsere Schulen brauchen motivierte, gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte in**
159 **ausreichender Zahl. Diese brauchen Zeit für das Wesentliche: die Schüler:innen.**
160 **Deshalb wollen wir sie von Verwaltungsaufgaben entlasten und multiprofessionelle**
161 **Teams ausbauen. Dazu gehört der Ausbau der Schulsozialarbeit und des**
162 **schulpsychologischen Dienstes, orientiert an Sozialraumindikatoren.**
163 **Gleichzeitig wollen wir eine inklusive, moderne und praxisnahe**
164 **Lehramtausbildung: Wer unterrichtet, soll fachlich und pädagogisch gut**
165 **vorbereitet sein. Daher wollen wir Studium und Schulalltag im Rahmen eines**
166 **praxisnahen Stufenlehramts zukünftig eng miteinander verzahnen.**
167 **Grundschullehrkräfte sollen endlich genauso ausgebildet und bezahlt werden wie**
168 **ihre Kolleginnen und Kollegen an allen anderen Schulen. A/E13 als**
169 **Einstiegsgehalt für alle Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz ist längst überfällig.**
170 **Wir werden die Lehrpläne entschlacken und auf zukunftsrelevante Fachinhalte und**
171 **Kompetenzen fokussieren. So schaffen wir Freiräume für vielfältige pädagogische**
172 **Ideen und Schwerpunkte sowie neue innovative Unterrichtsformen.**
173 **Wir setzen auf eine moderne, differenzierte Lehr-, Lern- und Prüfungskultur, die**
174 **auf regelmäßige konstruktive Rückmeldungen auf Basis von Kompetenzerwerb aufbaut**
175 **und ein individuelles Lerntempo ermöglicht. Wir setzen auf Lernzeiten zur**
176 **Vertiefung des Gelernten statt Hausaufgaben auf Basis von Stundenplänen im 45-**
177 **Minuten-Takt.**
178 **Wir wollen Schulen mehr Autonomie bei organisatorischen, personellen und**
179 **finanziellen Fragen einräumen und dabei Schulleitungen unterstützen. Auch**
180 **Schulen in freier Trägerschaft wollen wir verlässlich unterstützen. Daher werden**
181 **wir das Privatschulgesetz zeitgemäß weiterentwickeln und die Schulgeldfreiheit**
182 **in Rheinland-Pfalz erhalten.**

183 **Schule als Ort des vielfältigen Miteinanders – für ein**
184 **gerechtes Bildungssystem**
185 **Bildung ist mehr als Wissen.**

186 Schule muss ein Ort sein, an dem Schülerinnen und Schüler sich sicher fühlen,
187 Wertschätzung erfahren und individuell gefördert werden. Nur wer als
188 Persönlichkeit angenommen wird, kann sich gesund entwickeln und seine Potenziale
189 entfalten. Wir wollen alle Schulen zu Schulen der Zukunft machen. Daher setzen
190 wir uns für ein vielfältiges und inklusives Bildungssystem ein.
191 Inklusion ist ein Menschenrecht. Vielfalt ist eine Chance. Inklusive Schulen
192 ermöglichen modernes, potenzialorientiertes Lernen und stärken das soziale
193 Miteinander. Wir wollen die Rahmenbedingungen für inklusive Schulen verbessern,
194 damit gemeinsamer Unterricht aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
195 auch mit und ohne Behinderung sowie mit und ohne Migrationshintergrund zur Regel
196 wird. Dafür brauchen Schulen die notwendigen Ressourcen. Zusätzlich zu den
197 Lehrkräften unterstützen Lernassistenzen für die gesamte Klasse gezielt im
198 Unterricht und fördern Kinder auch individuell. Perspektivisch sollen alle
199 Schulen inklusiv arbeiten.

200 Statt Sitzenbleiben und frühe Trennung in verschiedene Schulformen, setzen wir
201 auf längeres gemeinsames Lernen, gute Übergänge und Durchlässigkeit zwischen den
202 Schulformen. Deshalb wollen wir die Zahl der Integrierten Gesamtschulen deutlich
203 steigern, weil wir davon überzeugt sind, dass alle Schülerinnen und Schüler von
204 Vielfalt profitieren.

205 Bildungschancen dürfen nicht vom Elternhaus oder Wohnquartier abhängen.
206 Stattdessen setzen wir auf gezielte Förderung durch sozialraumorientierte
207 Budgets und sozial durchmischte Klassen, in denen alle miteinander und
208 voneinander lernen.

209 Wir setzen uns ein für ein kostenfreies, gesundes und regionales Mittagessen für
210 alle Schüler*innen

211 Niemand ohne Abschluss! Wenn ein Schulabschluss gefährdet ist, gilt es früh zu
212 handeln mit passender Unterstützung durch zusätzliche Förderstunden am Vormittag
213 und im Ganztag. Niemand darf durch das Raster fallen. Deshalb erfassen wir
214 Bildungsverläufe besser und begleiten junge Menschen über die Schule hinaus.
215 Auch nach der Pflichtschulzeit gilt es junge Menschen bedarfsgerecht weiter zu
216 begleiten mit dem Ziel, möglichst alle in den ersten Arbeitsmarkt zu
217 integrieren.

218 Anwerbeversuche der Bundeswehr lehnen wir ab.

219 **Bildung nachhaltig und demokratisch entwickeln**

220 Das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist Querschnittsthema in
221 allen Bildungsbereichen. Es verbindet soziales Lernen, Demokratiebildung,
222 ökonomisches und ökologisches Bewusstsein unter Einbezug der globalen
223 Perspektive und bezieht außerschulische Lernorte und außerschulische
224 Partnerinnen und Partner ein. Dadurch stärkt es zentrale Zukunftskompetenzen.
225 Demokratie muss erlebt werden. Demokratiebildung und politische Bildung wollen
226 wir GRÜNE deshalb bereits ab der Kita stärken und über alle Altersgruppen hinweg
227 ausbauen. Damit politische Bildung ihren Anspruch erfüllen kann,
228 Querschnittsaufgabe aller Unterrichtsfächer zu sein, wollen wir den
229 bildungswissenschaftlichen Teil des Lehramtsstudiums um entsprechende Elemente
230 erweitern. Das Angebot von Fortbildungen in diesem Bereich für Lehrer*innen soll
231 ausgebaut werden.

232 Gleichzeitig wollen wir die außerschulischen Träger*innen der Politischen
233 Bildung stärken und im Schulalltag Räume für deren Angebote schaffen. Die
234 Landeszentrale für Politische Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle. Wir
235 wollen die Landeszentrale weiter stärken und Kooperationen mit Schulen,
236 Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen ausbauen.
237 Für die demokratische Mitbestimmung und Repräsentation von Schüler*innen an

238 Schulen werden wir die Schüler:innenvertretungen und deren Vernetzung auf
239 schulischer, kommunaler und Landesebene stärken. Entscheidungsprozesse in der
240 Schule müssen demokratisiert werden, damit Schüler:innen aktiv über die
241 Gestaltung ihres Schulalltags bestimmen können, so stärken wir die politische
242 Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen.
243 Wir setzen uns dafür ein, dass jede*r Schüler*in in ihrer Schullaufbahn
244 mindestens einmal eine Gedenkstätte und einen Ort der Demokratie besucht.
245 Politische Bildung endet aber nicht mit dem Schulabschluss, sondern muss auch in
246 der Aus-, Weiter- und Erwachsenenbildung angemessen und breit vermittelt werden.
247 Politische Bildung ist nicht wertneutral gegenüber unserer Verfassungsordnung
248 und kann es auch nicht sein. Wir stellen uns hinter Lehrkräfte, die in ihrem
249 Engagement für die freiheitliche Demokratie von Rechtsradikalen angegriffen
250 werden. Rechtsextremistischen Vorfällen und Indoktrinationsversuchen an unseren
251 Schulen werden wir mit aller Härte begegnen.

252 **Digitalisierung sinnvoll nutzen – Digitale**
253 **Lernmittelfreiheit für Alle**

254 **Digitalisierung nutzen**

255
256
257 Wir benötigen eine moderne und professionelle digitale Infrastruktur, eine gute
258 Ausstattung mit schulischen Endgeräten für Lernende, Lehrkräfte und
259 Mitarbeitende, sowie technischen Support bei Problemen. Qualifikationen der
260 Lehrkräfte sind für den Einsatz digitaler Werkzeuge unerlässlich. Neben der
261 Technik geht es vor allem darum, die Schüler:innen in einem sicheren Rahmen zu
262 selbstständigem, kritischem und kreativem Denken zu befähigen. Insbesondere im
263 Bezug auf KI, Deepfakes und Quellenkritik, müssen Schüler:innen und Lehrkräfte
264 geschult sowie sensibilisiert werden. Das digitale Lernen kann barrierefreies
265 und lebensnahe Lernen unterstützen.

266 **Anstelle von kategorischen Handverboten setzen wir auf Medienkompetenz und**
267 **sichere Nutzungsräume.**

268 **Ausbildung und berufliche Bildung**

269 **Duale Ausbildung stärken**

270 Das System der dualen Ausbildung ist einzigartig in Deutschland. Es bereitet
271 junge Menschen praxisnah auf das Berufsleben vor. Wir setzen uns für gut
272 ausgestattete Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten ein.
273 Gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben und Kammern setzen wir auf moderne und

274 zukunftsfähige Ausbildungsrahmenpläne. Die überbetriebliche Ausbildung wollen
275 wir sichern und ausbildende Betriebe dabei unterstützen.

276 **Mehr Praxis in den Schulalltag**

277 Schüler:innen sollen eigene Interessen entdecken und stärken dürfen. Wir
278 ermöglichen allen Schulen, Praxistage fest in den Schulalltag einzubinden. So
279 geben wir jungen Menschen früh die Chance, eigene Talente und Interessen zu
280 erkennen und durch Berufsinformation und Berufsorientierung eine klare
281 Perspektive für ihren Berufsweg zu entwickeln. Auch die Möglichkeit einer dualen
282 Oberstufe wollen wir modellhaft erproben und so jungen Menschen die Chance
283 geben, gleichzeitig Abitur und Gesellenbrief zu erwerben. Dafür fördern wir
284 Pilotprojekte mit engagierten Schulen und Betrieben – orientiert an
285 erfolgreichen Modellen aus anderen Bundesländern.

286 **Raum für Entwicklung–Ein Jahr für andere, ein Jahr für sich**

287 Manchmal braucht das Lernen eine Pause, insbesondere in der Pubertät. Viele
288 Jugendliche spüren in dieser Zeit, dass sie Abstand brauchen – nicht, um
289 aufzugeben, sondern um sich weiterzuentwickeln. Wir wollen jungen Menschen die
290 Möglichkeit geben, nach neun Schuljahren einen Freiwilligendienst zu leisten –
291 ob im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich – und im Anschluss wieder
292 zur Schule zurückkehren zu können. So schaffen wir eine freiwillige Auszeit mit
293 Sinn und helfen Jugendlichen, gestärkt und orientiert in die Schule
294 zurückzukehren.

295 **Bildungsgerechtigkeit für alle**

296 Bildung muss zu unterschiedlichen Hintergründen und Biografien passen. Nicht
297 alle durchlaufen ihre schulische Laufbahn in der Regelzeit. Auch junge
298 Geflüchtete und andere, die wegen Krankheit oder sonstigen Umständen zeitliche
299 Verzögerungen hinnehmen müssen, brauchen eine echte Perspektive. Wer nicht mehr
300 schulpflichtig ist, soll trotzdem lernen dürfen. Wir setzen uns für ein Recht
301 auf Schule bis 25 ein – damit alle, unabhängig von Herkunft und Alter, eine
302 faire Chance auf Bildung und Zukunft haben.

303 **Weiterbildung**

304 **Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind Teil von**
305 **Daseinsvorsorge**

306 Gemeinwohlorientierte Weiterbildung ist ein öffentliches Gut und ein Teil
307 staatlicher Daseinsvorsorge. Sie darf nicht auf Erwerbsorientierung und -
308 verwertbarkeit reduziert werden. Lebenslanges Lernen ist ein Grundrecht und
309 entscheidend für unsere Zukunft. Egal ob für den nächsten Karriereschritt oder
310 den Einstieg in einen Beruf mit Zukunft, Weiterbildung stärkt die Menschen und
311 unser Land.

312 **Ein modernes Weiterbildungsgesetz für gerechten Zugang**

313 Ob Menschen endlich flüssig lesen lernen, den versäumten Schulabschluss
314 nachholen oder sich im Beruf weiterentwickeln – in Zeiten des Fachkräftemangels
315 brauchen wir Menschen, die Lust auf Neues haben. Wir GRÜNE wollen die
316 Weiterbildung daher moderner und für alle zugänglich machen. Eine verlässliche
317 Finanzierung, qualifizierte Lehrende, kontinuierliche Fortbildung und faire
318 Honorare bilden hierfür die Grundlage. Dafür planen wir ein neues
319 Weiterbildungsgesetz, das den aktuellen Herausforderungen auch gerecht wird. Es
320 soll dafür sorgen, dass Weiterbildung überall möglich ist – in der Stadt genauso
321 wie auf dem Land, digital und analog. Auf diese Weise wird das Lernen flexibler
322 und leichter erreichbar. Zudem setzen wir uns weiter dafür ein, dass
323 Weiterbildungsangebote unabhängig vom Geldbeutel wahrgenommen werden können.
324 Auch deswegen sollen diese Angebote von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

325 **Jugend**

326 **Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt von GRÜNER Politik**

327 Jugendbeteiligung ist kein Extra, sondern Grundsatz. Mit dem bundesweit ersten
328 Landesjugendbeirat haben wir begonnen – jetzt gehen wir weiter: Wir stärken
329 seine Rechte und beziehen junge Menschen insgesamt systematischer als bisher in
330 die Landespolitik ein. Alle Gesetze werden künftig mit einem Jugendcheck
331 geprüft. Diesen führen wir im Rahmen eines Jugendbeteiligungsgesetzes ein, mit
332 welchem wir Beteiligung auf kommunaler Ebene einheitlich regeln und eine
333 Beratungsstelle für Jugendbeteiligung auf Landesebene einrichten. Das
334 Jugendklimaforum führen wir fort.

335 In jeder Kommune soll Jugendbeteiligung verbindlich sein. Dafür braucht es
336 Ansprechpersonen, eigene Budgets und klare Rechte, wie Rede- Anhörungs- und
337 Antragsrecht. Deswegen richten wir ein Kommunales Investitionsprogramm zur
338 Jugendförderung und Teilhabe (KIJugend) ein, das Kommunen gezielt bei
339 innovativen Projekten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen unterstützt.
340 Wir machen die Reform der Gemeindeordnung zu einem Hebel für echte
341 Mitbestimmung. Den Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen als starken

342 Akteur für Jugendbeteiligung vor Ort wollen wir weiter fördern.

343 Die besten Innovationen gehen oft von jungen Menschen aus. Wir wollen das
344 anerkennen und fördern innovative Projekte von und mit Jugendlichen mit einer
345 fondsfinanzierten Förderung.

346 Wir möchten, dass die Stimme von jungen Menschen politisches Gewicht bekommt.
347 Auch wenn unsere Initiative zur Senkung des Wahlalters bei Kommunal- und
348 Landtagswahlen auf 16 Jahre bisher an der gesetzlichen 2/3-Mehrheit scheiterte,
349 lassen wir nicht locker und kämpfen weiter für eine Absenkung des Wahlalters in
350 Rheinland-Pfalz.

351

352 Wir setzen uns für die Wiedereinführung des Kulturpasses für 18-jährige auf
353 Landesebene ein.

354 **Starke Jugendarbeit – starke Demokratie**

355 **In der Kinder- und Jugendarbeit erleben junge Menschen Partizipation,
356 Selbstwirksamkeit und Zusammenhalt. Kinder- und Jugendarbeit ist ein Ort
357 niederschwelliger Bildung, der Kindern und Jugendlichen im freiwilligen Kontext
358 ermöglicht, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und demokratisches Zusammenleben
359 zu erfahren.**

360 **Wir bauen die eigenständige Jugendpolitik durch die Jugendstrategie JES weiter
361 aus. Wir vereinfachen die Förderstruktur und erhöhen die Mittel für Freizeiten,
362 politische Bildungsmaßnahmen und die Schulungen für ehrenamtlich Mitarbeitende.
363 Ehrenamtliche stärken wir mit besserer Bezahlung bei Verdienstausfall und
364 gezielter Qualifizierung. Auch im ländlichen Raum sollen Jugendliche sich
365 eingebunden fühlen und gehört werden. Deswegen fördern wir
366 Beteiligungsstrukturen und schaffen Treffpunkte ohne Konsumzwang für Kinder und
367 Jugend.**

368 **Schutz und Prävention von sexualisierter Gewalt**

369 Wir setzen den Pakt gegen sexualisierte Gewalt konsequent um. Dafür schaffen wir
370 Personalstellen, unterstützen Schutzkonzepte in allen Einrichtungen und schulen
371 ehrenamtlich Engagierte.

372 **Echte Freiwilligkeit beim Freiwilligendienst**

373 Freiwilligendienste sollen freiwillig bleiben. Wir sorgen dafür, dass alle, die
374 einen Freiwilligendienst absolvieren wollen, dies unabhängig vom Geldbeutel oder
375 Wohnort tun können. Mit besserer Bezahlung, mehr Mobilitätsgeld und einem Zugang

376 auch für Jugendliche mit Berufsreife. Die Wiedereinführung einer allgemeinen
377 Wehrpflicht lehnen wir deutlich ab.

378 **Alltag bezahlbar machen: Wohnen und Mobilität**

379 Azubis, Studierende, aber auch junge Menschen aus der Jugendhilfe sind auf
380 bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Wir schaffen neue Angebote und fördern günstige
381 Mietmöglichkeiten. Für alle, die wenig Geld haben, machen wir Mobilität leichter
382 – mit einem vergünstigten Deutschlandticket für Studierende, Azubis,
383 Freiwilligendienstleistende und Inhaber:innen der Ehrenamtskarte oder Juleica.
384 Und einem besseren Busangebot auch im Nachtverkehr.

385 **Arbeit**

386 **Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt**

387 Eltern brauchen verlässliche Betreuungsangebote für ihre Kinder, um arbeiten
388 gehen zu können oder ihre Stunden aufzustocken. Wir wollen eine flexible
389 Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie ihre
390 persönliche Vollzeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden aussieht.
391 Angebote wie die Vier-Tage-Woche wollen wir fördern, um auch Freiräume für
392 ehrenamtliches Engagement oder familiäre Aufgaben zu ermöglichen. Außerdem
393 setzen wir uns auf Bundesebene für einen Anspruch auf eine Pflegezeit mit
394 Lohnersatz ein, die hilft, die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem
395 Beruf besser zu vereinbaren. Zur Unterstützung von mobilem Arbeiten wollen wir
396 dezentrale Co-Workingspaces fördern.
397

398 Wir wollen ein Landesprogramm zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ins Leben
399 rufen, das Beschäftigte mit Pflegeverantwortung nachhaltig unterstützt und damit
400 einen Beitrag zur Fachkräftesicherung für Unternehmen leistet.

401 **Fachkräftepotenzial ausschöpfen**

402 Der Fachkräftebedarf ist nach wie vor groß. Deshalb müssen wir die besten
403 Ausgangsbedingungen schaffen, die allen eine gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt
404 ermöglichen. Insbesondere bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, Menschen mit
405 Migrationserfahrung, Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen, älteren
406 Menschen und jungen Menschen ohne Abschluss sind diese ungenutzten Potenziale
407 vorhanden. Die Programme "Bedarfsgemeinschaftscoaching", "Jobfux",
408 "Jugendberufsagenturen", "JobAction", "Jobcoach24+" und "Frauen aktiv in die
409 Zukunft" wollen wir deshalb ausbauen. Die Beschäftigung von Menschen mit
410 Behinderungen soll in der Fachkräftestrategie gestärkt werden. Die Vermittlung

411 gerade von langzeitarbeitslosen Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt
412 setzen wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern durch
413 eine personalintensive Begleitung kontinuierlich um. Für einen verlässlichen
414 Öffentlichen Dienst wollen wir GRÜNE ein modernes Beamtenrecht, das
415 Aufstiegschancen, familienfreundliche Bedingungen, flexible Arbeitszeitmodelle
416 und den erleichterten Quereinstieg bietet. Mit der Einführung einer pauschalen
417 Beihilfe schaffen wir echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung und erhöhen
418 so Fairness, Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in
419 Rheinland-Pfalz.

420 **Arbeitsschutz ausbauen**

421 Um die Arbeitskraft der Fachkräfte zu erhalten, müssen wir auch ihre Gesundheit
422 schützen. Daher wollen wir das Personal bei den Arbeitsschutzkontrollen des
423 Landes aufstocken und gesundheitspräventive Maßnahmen im engen Dialog mit den
424 Arbeitnehmer:innen-Vertretungen fördern. Wir möchten auch Beratungsangebote für
425 entsandte Beschäftigte zum Schutz vor schlechten Arbeitsbedingungen und
426 Ausbeutung besonders gefährdeten Berufsgruppen stärken.

427 **Gute Arbeit - Tariftreue belohnen**

428 Eine starke Sozialpartnerschaft und eine hohe Tarifbindung stärken den
429 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die regionale Wirtschaft. Menschen, die nach
430 Tarifvertrag beschäftigt werden, haben nachweislich bessere Arbeitsbedingungen.
431 Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften und Betriebsräten für
432 gute Arbeit und Tariftreue ein. Insbesondere als Land haben wir über die
433 Auftragsvergabe eine große Marktmacht. Deshalb muss das Landestariftreuegesetz
434 (LTTG) endlich grundlegend reformiert werden und auch die Vergabeordnung um
435 soziale und ökologische Kriterien angepasst werden. Dabei muss gelten, dass das
436 Land und die Kommunen nur Aufträge an Unternehmen vergeben, die Tariftreue
437 garantieren. Außerdem sollen Kriterien wie die Ausbildungs- und
438 Schwerbehindertenquote, Gleichstellung und die Beschäftigung
439 Langzeitarbeitsloser bei der Vergabe belohnt werden können.

440 **Soziales**

441 **Armut bekämpfen**

442 Wir stehen an der Seite von Menschen, die in Armut leben oder von Armut bedroht
443 sind. Wir wollen Menschen helfen und nicht mit Sanktionen von der Gesellschaft
444 ausgrenzen. Konkret auf Landesebene wollen wir darum die Förderung der
445 Schuldnerberatungsstellen sichern **und weiter ausbauen**. Mit den Clearingstellen

446 Krankenversicherung unterstützen wir Menschen ohne Versicherung dabei, (wieder)
447 Zugang zur Krankenversicherung zu bekommen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir
448 mit einem weiteren Standort in Trier stärken. Leider gelingt es nicht immer,
449 Menschen rechtzeitig in eine Krankenversicherung zu vermitteln. Deshalb fördern
450 wir insbesondere die schnelle und unbürokratische medizinische Versorgung von
451 Schwangeren ohne Krankenversicherung. Perspektivisch streben wir auch für alle
452 Menschen ohne Krankenversicherung, die dringend medizinische Versorgung
453 benötigen, einen Notfallfonds nach diesem Modell an.

454
455 Frauen sind besonders häufig von Altersarmut betroffen.
456 Insbesondere wenn sie in ihrer Ehe oder Partnerschaft in eine finanzielle
457 Abhängigkeit geraten. Daher wollen wir stärker über die "**Care-Lücke**"
458 (**finanzieller Nachteil durch unbezahlte Pflege- und Erziehungsarbeit**) und das
459 damit verbundene Risiko der Altersarmut informieren und mittels einer
460 öffentlich wirksamen Kampagne z.B. die Bekanntheit und Akzeptanz des
461 Partnerschaftsvertrags (Ehevertrag, Lebenspartnerschaftsvertrag), als **Instrument**
462 zur finanziellen Absicherung von Frauen, erhöhen.

463 **Gemeinwesen und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen**

464 Um Menschen in armutsgefährdeten Quartieren und Dörfern niedrigschwellig zu
465 erreichen, wollen wir die Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen.
466 In diesem Zusammenhang setzen wir uns für soziale Servicebüros in den Kreisen
467 und kreisfreien Städten ein, die alle soziale Leistungen der Kommune, des Landes
468 und des Bundes bündeln. Dort sollen Leistungsansprüche proaktiv kommuniziert
469 werden. Denkbar sind auch monatliche Familientage zur niedrigschwelligen
470 Information über mögliche Leistungen.

471 **Kommunale Sozialpässe und Sozialticket für Mobilität und 472 Teilhabe**

473 Als Land wollen wir die Einführung kommunaler Sozialpässe für Menschen in
474 Grundsicherung unterstützen. Auch ein Sozialticket für
475 Grundsicherungsempfänger:innen, das nicht mehr kostet als der Regelbedarf für
476 Mobilität, wollen wir landesweit fördern. Bundesweit setzen wir uns weiter für
477 eine Kindergrundsicherung, eine wirksame Grundsicherung und einen Klimabonus
478 ein.

479 **Gemeinsam gegen Einsamkeit – Mehr soziale Integration**

480 Einsamkeit ist keine bloße Befindlichkeit – sie ist ein ernstzunehmendes
481 gesellschaftliches Risiko. Einsamkeitsbelastung macht körperlich und psychisch

482 krank, senkt die Lebenserwartung, schwächt das Vertrauen in den
483 gesellschaftlichen Zusammenhalt und in unsere demokratischen Institutionen und
484 macht anfälliger für Verschwörungserzählungen und autoritäre Haltungen.
485 Laut Einsamkeitsbarometer des Bundes ist Rheinland-Pfalz eines der am stärksten
486 von steigender Einsamkeit belasten Bundesländer. Corona-Pandemie und
487 Digitalisierung haben diese Entwicklung stark beschleunigt. Besonders betroffen
488 sind junge Erwachsene, ältere Menschen, Alleinerziehende, queere Menschen,
489 Menschen mit Migrationserfahrung sowie Menschen, die von Armut bedroht sind. Wir
490 wollen die bestehenden Projekte für ältere Menschen ausbauen und verstärkt auch
491 Projekte für die größer werdende Gruppe der einsamen jungen Menschen aufbauen.
492 Dabei haben wir alle genannten Zielgruppen im Blick. So wollen wir
493 einsamkeitssensible Quartiers- und Stadtentwicklung (z.B.
494 Mehrgenerationenhäuser) in den Kommunen fördern und gesellschaftliche Räume der
495 Vernetzung (z.B. Jugendhäuser) für Menschen jeglicher sozialer Herkunft und
496 besonders im ländlichen Raum ausbauen.
497 Maßnahmen zur Pflege und Stärkung sozialer Beziehungen verstehen wir auch als
498 Ressource in der Arbeitsmarktpolitik, die Menschen vor Arbeitsplatzverlust
499 schützen kann und im Falle von Arbeitslosigkeit hilft, neue Arbeit zu finden.
500 Neben akuten Maßnahmen investieren wir in Wissen: Wir wollen die
501 wissenschaftliche Erforschung der Ursachen von Einsamkeit und die Wirksamkeit
502 unterschiedlicher Gegenstrategien fördern. Nur auf einer soliden Datenbasis
503 können wir langfristig wirksame und gerechte Lösungen entwickeln.

504 Sprachförderung, Nachbarschaftshilfe, Generationentreffs, Kultur: Wir wollen die
505 Bedürfnisse der Menschen in ihrem Sozialraum gemeinsam erkennen und erfüllen..

506 **Bestattungen zeitgemäß ermöglichen**

507 Das neue Bestattungsgesetz schließt moderne, vielfältige Wege der Bestattung
508 ein. Es ermöglicht individuelle Abschiede und achtet religiöse wie
509 weltanschauliche Überzeugungen. Damit sind wir einen wichtigen Schritt in
510 Richtung einer zeitgemäßen Trauer- und Bestattungskultur gegangen.

511 Wir warten die wissenschaftliche Untersuchung von Reerdigung als Bestattungsform
512 ab und werden anschließend prüfen, ob wir diese in Rheinland-Pfalz ermöglichen.

513 **Inklusion**

514 **Inklusiver Landesdienst**

515 Das Land hat eine Vorbildfunktion für einen inklusiven Arbeitsmarkt. Die
516 Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst wollen wir durch

517 zusätzliche Stellen und eine verbindliche Zielplanung der Ressorts mit Maßnahmen
518 und zentralem Controlling fördern. Dabei streben wir eine Beschäftigungsquote
519 von sechs Prozent an. Mit einem zentral verwalteten Stellenpool wollen wir das
520 Budget für Arbeit im Landesdienst stärker nutzen.
521 Wir wollen Inklusionsbetriebe und -abteilungen des Landes schaffen.
522

523 **Inklusives Wohnen**

525 Teilhabe an der Gesellschaft darf nicht an der Wohnungstür halt machen. Wir
526 erkennen das Bedürfnis und das Recht vieler Menschen mit Behinderung auf
527 inklusives Wohnen an. Deshalb setzen wir uns für eine Förderung inklusiver Wohn-
528 und Hausgemeinschaften ein in denen Menschen mit und ohne Behinderung
529 Verantwortung füreinander übernehmen und inklusive Gemeinschaften bilden.

530 **Inklusiver Arbeitsmarkt**

531 Wir wollen die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im regulären
532 Arbeitsmarkt erleichtern und den allgemeinen Arbeitsmarkt inklusiv
533 weiterentwickeln. Mit einer gemeinsamen Initiative von Wirtschaftsunternehmen,
534 Kammern, Gewerkschaften und Rehabilitationsträgern soll die besorgniserregend
535 steigende Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen bekämpft werden. Die
536 Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen muss die Ausnahme
537 bleiben und besser bezahlt werden. Dafür sollen modellhaft Ansätze erprobt
538 werden, die ein existenzsicherndes und anrechnungsfreies Entgelt für Menschen
539 mit Behinderung im Arbeitsleben unabhängig vom Beschäftigungsort gewährleisten
540 und konsequent inklusive Beschäftigung fördern. Die Einzahlung in die
541 Rentenkasse mit einem Fiktivgehalt von 80% des deutschen Durchschnittseinkommens
542 soll unabhängig vom Beschäftigungsort auch für Menschen gelten, die inklusiv auf
543 dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt sind. Das Land soll verbindliche
544 Inklusionsvereinbarungen mit den Werkstätten für behinderte Menschen abschließen
545 und Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt systematisch fördern. Diese
546 Maßnahmen sollen durch Fördermittel des Europäischen Sozialfonds abgesichert
547 werden. Wir wollen den Ausbau und Erhalt von Inklusionsfirmen unterstützen und
548 die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen um mindestens 25 Prozent
549 steigern. Aufträge und Vergaben des Landes sollen nur bei Einhaltung der
550 Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen möglich sein. Personenzentrierung
551 und Alternativen zur Tagesförderstätte bauen wir aus.

552 **"Nichts über uns ohne uns"**

553 Menschen mit Behinderungen brauchen eine kraftvolle Selbstvertretung mit
554 professionellen Strukturen, um ihre Interessen und Belange selbst vertreten zu
555 können.

556 Unser Ziel sind kommunale Behindertenbeiräte und -beauftragte in allen
557 Landkreisen und kreisfreien Städten sowie in mehr Verbandsgemeinden.
558 Hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte fördern wir.

559 Die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) werden wir weiter vernetzen
560 und mit landesweiten Werbeaktionen bekannter machen. Dabei machen wir die
561 Kompetenzstärkung im Bereich psychisch erkrankter Menschen verpflichtend. Wir
562 stärken die Kompetenzen der unabhängigen Besuchskommissionen für Einrichtungen
563 und Angebote für Menschen mit Behinderungen.

564
565 Wir werden die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen konsequent
566 ausbauen – etwa durch barrierefreie Wahlen, digitale Beteiligungsplattformen in
567 Leichter Sprache und gezielte Programme zur Einbindung in kommunale Gremien und
568 Bürgerbeteiligungsverfahren. Zur nachhaltigen Stärkung der Mitwirkung werden wir
569 den Partizipationsfonds gut ausstatten, welcher Selbstvertretungsorganisationen
570 finanziell und strukturell unterstützt.

571 **Barrierefreies Rheinland-Pfalz**

572 Wir fördern niedrigschwellige barrierefreie Mobilitätsangebote im ganzen Land.
573 Die im Landesinklusionsgesetz festgeschriebene Landesfachstelle Barrierefreiheit
574 werden wir einrichten und ein Landeskoppenzzentrum Barrierefreiheit aufbauen.

575 Wir gestalten alle Landesgebäude umfassend barrierefrei, Ziel der Umsetzung ist
576 das Jahr 2035, besonderer Schwerpunkt Hochschulen/Universitäten und
577 Polizeigebäude.

578 Auch die digitale Barrierefreiheit des Landes bauen wir weiter aus, die
579 Klagemöglichkeit der Verbände der Menschen mit Behinderungen schärfen wir. Die
580 Förderung von digitalen Technologien und Vorhaben werden von der Beteiligung von
581 Menschen mit Behinderungen abhängig gemacht. Digitale Inklusion ist Teil der
582 Daseinsvorsorge - die seit 2019 geltende Verpflichtung zur Barrierefreiheit muss
583 umgesetzt werden. Alle digitalen Angebote des Landes und der Kommunen müssen
584 barrierefrei, mehrsprachig und in einfacher Sprache zugänglich sein. Beim
585 Einsatz von KI-Systemen im öffentlichen Bereich sollen mögliche
586 Diskriminierungseffekte geprüft und Betroffene aktiv in die Entwicklung
587 einbezogen werden.

588 Wir wollen die Gebärdensprachdolmetscher:innen-Versorgung im Land sicherstellen
589 und dafür einen gemeinsamen Studiengang mit Baden-Württemberg entwickeln.

590 Ferien- und Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung wollen wir weiter

591 ausbauen. Das Landesblindengeld soll an die Preisentwicklung angepasst werden
592 und für stark hörbehinderte Menschen erweitert werden, um soziale Teilhabe zu
593 ermöglichen.

594 **UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen**

595 Den Landesaktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention schreiben wir fort.
596 Nach einem breiten Beteiligungsprozess wird er bereits zur Mitte der Wahlperiode
597 vorliegen. Das bestehende und neue Landesrecht soll konsequent auf die
598 Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft und angepasst
599 werden. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir das
600 Monitoring der Inklusionspolitik dauerhaft sichern und unabhängige Strukturen
601 fördern. Wir befürworten die Einführung eines Disability Mainstreaming in der
602 Landesverwaltung: Die Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen sollen bei
603 allen politischen und administrativen Entscheidungen systematisch geprüft
604 werden.

605 Wir befürworten die finanziell bedarfsgerecht ausgestattete inklusive
606 Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, damit junge Menschen mit
607 Behinderungen nicht länger aus Regelleistungen herausfallen. Dabei sollen alle
608 Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gebündelt
609 werden. Pädagogische Fachkräfte sollen flächendeckend Fortbildungen zu
610 Inklusion, Vielfalt und psychischer Gesundheit erhalten.

611 **Verbraucher:innenschutz**

612 **Energieeffizienz und Schulden –neue Herausforderungen
613 anpacken**

614 Fossile Energie wird teurer, Betrug rund um das Thema Wärme- und
615 Energieversorgung nimmt im Netz zu. Wir GRÜNE wollen, dass die Energie- und
616 Wärmewende in den Haushalten gelingt. Deshalb sollen Strom- und Wärmesperren
617 oder sogar Energieverschuldung gar nicht zustande kommen. Dafür wollen wir die
618 Energie- und Schuldner:innenberatung durch die Verbraucherzentrale weiter
619 stärken und ausbauen – damit Menschen frühzeitig erreicht werden, überteuerte
620 Tarife leichter erkennen und rechtzeitig wechseln können.

621 **Digitale Räume in Zeiten von künstlicher Intelligenz –
622 Schutz im Netz garantieren**

623 Viele Betrugsfälle im Netz entstehen durch falsche Identitäten. Wir setzen uns
624 für eine technisch sichere Umsetzung der eIDAS 2.0 Verordnung und der EU-

625 Digitale Brieftasche (European Digital Identity Wallet) ein, damit Nutzer:innen
626 vor Phishing, Identitätsdiebstahl und Fake-Shops durch sichere digitale Ausweise
627 geschützt werden. Der Bund soll dafür sorgen, dass diese Systeme von staatlichen
628 Stellen und nicht durch private Anbieter betrieben werden. Nur so bleiben die
629 Daten geschützt und die Kontrolle bei den Menschen. Künstliche Intelligenz
630 verändert vieles. Wer von KI getäuscht oder benachteiligt wird, verdient Schutz.
631 Wir GRÜNE wollen klare Regeln und eine starke Beschwerdestelle in Rheinland-
632 Pfalz. Dafür sorgen wir für die finanziellen und personellen Ressourcen im
633 Haushalt.

634 **Verbraucherbildung von Anfang an – in der Schule, im Alltag**

635 Junge Menschen brauchen Orientierung in einer Welt voller (Des)Informationen,
636 unkontrollierter Werbung und digitaler Angebote. Damit sie selbstbestimmt
637 entscheiden können, machen wir Verbraucher:innenbildung ab Klasse 9 zum festen
638 Bestandteil im Unterricht. Lehrkräfte erhalten praxistaugliche Materialien und
639 gezielte Fortbildungen. Dafür stellen wir die Mittel für erste Pilotprojekte
640 bereit. So stärken wir Medienkompetenz und schützen von klein auf vor
641 Kostenfallen und Manipulation.

642 **Verbraucherzentrale stärken – direkte Beratung ausbauen**

643 Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz ist eine unerlässliche Partnerin an der
644 Seite der Menschen. Wir wollen den Ausbau ihrer Angebote vor Ort unterstützen,
645 vor allem dort, wo es bisher keine Anlaufstellen gibt, damit Jung und Alt
646 erreicht werden. Dafür setzen wir auf mobile Pop-up-Beratungen, vor allem in
647 ländlichen Regionen, sowie auf aufsuchende Hilfe und mehr digitale Angebote. Ein
648 wichtiger Meilenstein war und ist die institutionelle Förderung der
649 Verbraucherzentrale, die wir auch weiter sichern möchten.

650 **Gesundheit**

651 **Starke Krankenhäuser vor Ort**

652 Bund und Länder haben eine umfassende Krankenhausreform auf den Weg gebracht.
653 Wir wollen die dafür nötigen Veränderungen in Rheinland-Pfalz schnellstmöglich
654 umsetzen, mit dem Ziel, alle Menschen immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort
655 zu behandeln. Dort, wo jetzt schon eine Versorgungslücke besteht, sollen
656 „Regiokliniken“ entstehen, die ambulante, stationäre und pflegerische Angebote
657 vereinen.

658 **Geburtshilfe stärken – Hebammen unterstützen**

659 Alle notwendigen Geburtskliniken müssen erhalten bleiben. Schwangere und ihr Kind
660 brauchen zum Schutz ihrer Gesundheit vor, während und nach der Geburt die
661 bestmögliche Versorgung. Die Hebammenzentralen und hebammengeleiteten Kreißsäle
662 in Rheinland-Pfalz haben diese Versorgung verbessert, deshalb wollen wir sie
663 auch in weiteren Regionen des Landes fördern. Zur Unterstützung der ambulanten
664 Hebammenversorgung, insbesondere in strukturschwachen Regionen, wollen wir eine
665 flächendeckende, pauschale Niederlassungsförderung einführen. Wir setzen uns für
666 eine faire Bezahlung der Hebammen und beste Rahmenbedingungen für eine 1:1-
667 Betreuung bei der Geburt ein.

668 **Prävention stärken!**

669 Übergewicht ist zur neuen Volkskrankheit geworden. Der Entwicklung von
670 Übergewicht soll durch verstärkte Gesundheitsaufklärung und frühzeitiger
671 Erziehung zu gesunder Lebensweise bereits ab dem Kindergartenalter vorgebeugt
672 werden.
673 Auch andere Maßnahmen der Gesundheitsprävention sollen stärker gefördert werden.

674
675
676

Psychische Gesundheit fördern

677 Psychisch erkrankte Menschen brauchen schnell psychiatrische oder
678 psychotherapeutische Behandlung. Eine Reform der Bedarfsplanung auf Bundesebene
679 ist dringend notwendig, um mehr Kassensitze für Therapeut:innen zu schaffen.
680 Insbesondere die bisherige Versorgungsstruktur für Jugendliche und junge
681 Erwachsene muss verbessert werden. Wir wollen niedrigschwellige und
682 unbürokratische Angebote für junge Menschen in Krisen fördern.
683 Selbsthilfegruppen und insbesondere Psychosoziale Beratungsstellen wollen wir
684 finanziell besser stellen, unterstützen und mehr in die Öffentlichkeit bringen.
685 Wir wollen das Genesungsbegleitung als wichtiger Bestandteil der psychosozialen
686 Versorgung anerkannt und strukturell verankert wird. Für erwachsene Menschen mit
687 psychischen und geistigen Beeinträchtigungen wollen wir ein
688 Kriseninterventionszentrum einführen.

689 **Medizinischer Zugang für alle**

690 Gute medizinische Versorgung muss für alle erreichbar sein, ohne Hürden und ohne
691 Diskriminierung. Wir wollen das bereits im letzten Koalitionsvertrag vereinbarte
692 Präventionsprojekt in Regionen mit geringer Lebenserwartung und hoher
693 Krankheitslast praktisch umsetzen und das Konzept der Gesundheitskioske

694 aufgreifen. Insbesondere die Gesundheitsversorgung von trans-, inter- und nicht
695 binären Personen wollen wir verbessern. Für Wohnungslose fördern wir ein
696 niedrigschwelliges, allgemeinmedizinisches Angebot. Wir werben weiter dafür, die
697 elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber:innen in den Kreisen und
698 kreisfreien Städten einzuführen.

699 Für die Barrierefreiheit von bestehenden Arzt- und Therapiepraxen starten wir
700 ein Förderprogramm. Medizinische Zentren für erwachsene Menschen mit
701 Behinderungen (MZEB) bauen wir aus und vernetzen sie mit Angeboten vor Ort.

702 **Gesundheitliche Auswirkungen der Klimakrise begrenzen**

703 Die Klimakrise belastet zunehmend sowohl die Gesundheit der Menschen als auch
704 das Gesundheitssystem. Wir werden den Landeshitzeaktionsplan weiterentwickeln
705 und wollen die Kommunen verpflichten, eigene Hitzeaktionspläne zu erlassen und
706 umzusetzen. Wir wollen außerdem Klimaanpassungsmaßnahmen der gesundheitlichen
707 Einrichtungen und klimaneutrale und klimaresiliente Krankenhäuser voranbringen
708 und fördern.

709 **Ambulante Versorgung sichern**

710 Die Menschen brauchen eine gute Versorgung mit Haus- und Fachärzt:innen im
711 ganzen Land. In Regionen mit weiten Wegen zu medizinischen Einrichtungen setzen
712 wir uns für Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (z. B. Therapietaxis) und mobile
713 ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort ein. Telemedizinische Angebote bauen
714 wir aus. Wir wollen weiter Kommunen fördern, die Medizinische Versorgungszentren
715 (MVZ) gründen wollen. Zur niedrigschweligen ambulanten Versorgung wollen wir
716 "Community Health Nurses" einführen.

717 Wer sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entscheidet, muss eine angemessene
718 Versorgung erhalten. **Wir setzen uns dafür ein, dass Krankenhausförderung dazu**
719 **beiträgt, wohnortnahe und sichere Angebote zum Schwangerschaftsabbruch zu**
720 **sichern.** Zur Behandlung von Endometriose fördern wir entsprechende Zentren.

721 Wir wollen auch die Erforschung und Behandlung von Long Covid und ME/CFS
722 vorantreiben.

723 Durch eine Sensibilisierung von Ärzt:innen, nichtärztlichen
724 Gesundheitsfachkräften und Multiplikator*innen wollen wir auch die Zugänge zur
725 Prä-Exposition-Prophylaxe (PrEP) und Post-Exposition-Prophylaxe (PeP) zum
726 Schutz vor HIV und Aids erleichtern.

728 90/90/90 Ziel für Rheinland-Pfalz - HIV und Aids bekämpfen

729

730 Die Chance das HI-Virus zu besiegen ist keine Vision mehr, sondern real
731 vorhanden. Unser Ziel ist es, AIDS bis 2030 zu beenden. Um dieses Ziel zu
732 erreichen, sollen bis 2025 90 Prozent der HIV-infizierten Menschen ihren Status
733 kennen, 90 Prozent dieser Menschen sollen in Behandlung sein und bei 90 Prozent
734 der Behandelten eine nachhaltige Unterdrückung der Viruslast stattfinden. Zum
735 Abbau von Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit HIV oder AIDS
736 bauen wir die Unterstützung für Aufklärungsprojekte und Unterstützungsangebote
737 aus. Für einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang sollte jede*r den
738 eigenen Status kennen. Deswegen sollen die Möglichkeiten der Schnelltests zur
739 HIV Erkennung weiter ausgebaut werden.

740 **Gesundheitssystem solidarisch finanzieren**

741 Wir wollen eine allgemeine Bürgerversicherung. Solange diese auf Bundesebene
742 nicht umgesetzt wird, ermöglichen wir den Beamt:innen in Rheinland-Pfalz ein
743 Wahlrecht für den Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

744 **Regionale Gesundheitsplanung zur sektorenübergreifenden
745 Versorgung**

746 Gesundheitsplanung muss sich an den Versorgungspfaden der Patient:innen
747 ausrichten. Wir GRÜNE wollen daher Gesundheits- oder Versorgungskonferenzen in
748 öffentlich-rechtlicher Trägerschaft einführen und regionale Modellprojekte zur
749 sektorenübergreifenden Versorgung ("Gesundheitsregionen") anstoßen – zunächst
750 insbesondere in unversorgten Regionen. Wir wollen die gemeinsame ambulante
751 und stationäre Versorgungsplanung stärker voranbringen und dazu das gemeinsame
752 Landesgremium stärken.

753 **Notfallversorgung verbessern**

754 Wenn Hilfe gebraucht wird, muss sie schnell sein. Dazu kann auch ein 24 Stunden
755 einsatzbereiter Rettungshubschrauber mit Nachtflugtauglichkeit an einem
756 geeigneten Standort beitragen. Die Krankenhäuser und die Kassenärztliche
757 Vereinigung unterstützen wir beim Aufbau Integrierter Notfallzentren (INZ),
758 sobald bundesgesetzliche Grundlagen dafür bestehen.

759 Durch das Etablieren von First Respondern und mobile Rettter ist es gelungen die
760 Notfallversorgung gerade in den ländlichen Regionen zu verbessern. Wir werden
761 dieses Konzept weiter fördern um eine schnelle Erstversorgung durch lokal
762 vorhandene Ressourcen zu optimieren.

763 **Gesundheitsfachberufe weiter schulgeldfrei**

764 Die Gesundheitsfachberufe sind wichtig für viele begleitende Therapien. Die
765 Ausbildung ist seit 2022 schulgeldfrei. Wir setzen uns dafür ein, dass das so
766 bleibt und das Land weiter die Ausbildungskosten übernimmt, um den Bedarf an
767 Fachkräften in diesen Berufen zu erfüllen.

768 **Sichere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen**

769
770 Wer hilft, verdient besonderen Schutz. Wir stellen uns entschieden gegen jede
771 Form von Gewalt im Gesundheitswesen. Ärzt*innen, Pflegekräfte und
772 Rettungsdienste brauchen Sicherheit, Respekt und gute Arbeitsbedingungen. Wir
773 fördern Deeskalationstrainings, Sicherheitskonzepte, sichere Arbeitsumgebungen
774 und konsequente Strafverfolgung bei Übergriffen.

775 **Drogenpolitik**

776 Wir stellen in der Drogenpolitik den Schutz von Gesundheit und Menschenwürde in
777 den Mittelpunkt. Als GRÜNE setzen wir uns für Prävention, Aufklärung und
778 wirksame Hilfsangebote statt Strafverfolgung ein.

779 **Cannabis-Schwarzmarkt weiter austrocknen – Legalisierung zu
780 Ende bringen**

781 Die Teillegalisierung von Cannabis ist eine große Errungenschaft der vergangenen
782 Bundesregierung mit GRÜNER Beteiligung. Die neuen Regeln unterscheiden klar
783 zwischen Menschen ab 18 Jahren, für die der Konsum und Besitz in Grenzen
784 legalisiert wurde, und Kindern und Jugendlichen, die durch klare Verbote und
785 Abstandsregelungen geschützt werden. Damit konnte der Jugendschutz deutlich
786 verbessert werden. In Rheinland-Pfalz haben wir das Cannabis-Gesetz mit einem
787 moderaten Bußgeldkatalog und unbürokratischen Genehmigungen von
788 Anbauvereinigungen umgesetzt. Die Teillegalisierung darf jedoch nicht auf halbem
789 Wege stehen bleiben. Nur durch die kontrollierte Abgabe von Cannabis in
790 staatlich regulierten Abgabestellen kann der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden.
791 Deshalb setzen wir uns für die schnellstmögliche Umsetzung der zweiten Säule der
792 Legalisierung durch entsprechende Modellprojekte auch in Rheinland-Pfalz ein.
793 Wir möchten sowohl eine Entkriminalisierung als auch einen besseren Schutz der
794 jungen Erwachsenen erreichen. Daher setzen wir verstärkt auf Aufklärung und
795 Prävention.

796 **Niedrigschwellige Drogen- und Suchthilfe**

797 Das Hilfs- und Beratungssystem für abhängige Menschen muss auf die Bedürfnisse
798 der Menschen ausgerichtet sein, um gesundheitliche Risiken zu verringern. Daher
799 wollen wir die niedrigschwlligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter
800 ausbauen: Wir setzen uns für Spritzenauschprogramme, Drogenkonsumräume und
801 Informationsmöglichkeiten ein. Insbesondere wollen wir dem Beispiel anderer
802 Bundesländer folgen und endlich auch in Rheinland-Pfalz Substanzanalysen (Drug-
803 Checking) ermöglichen, um Menschen vor gestreckten und gefährlichen
804 beigemischten Drogen zu schützen. Gerade bei großen Festivals wie Rock am Ring
805 oder der NatureOne braucht es eine Drug-Checking-Offensive des Landes.
806 Aufklärung und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten
807 wollen wir stärken, insbesondere an den Schulen und in der Jugendarbeit. Einem
808 übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch
809 Programme begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben.

810 **Würde, Teilhabe und Leben im Alter, Pflege**

811 Potenziale älterer Menschen nutzen
812 Ältere Menschen sind keine Pflegefälle, sondern tragende Säulen unserer
813 Gesellschaft. Sie verfügen über Lebenserfahrung, Kompetenzen und Zeit, die sie
814 einbringen möchten. Wir GRÜNE wollen eine Altenpolitik, die Würde,
815 Selbstbestimmung und aktive Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Der vierte
816 Lebensabschnitt ist eine Chance, Gesellschaft mitzugestalten – in
817 Nachbarschaften, Initiativen, Vereinen und Kommunen. Wir setzen uns für
818 inklusive Gemeinden ein, in denen ältere Menschen gleichberechtigt am sozialen,
819 kulturellen und politischen Leben teilhaben und ihre Interessen selbst vertreten
820 können. Wir setzen uns für ein entsprechendes Seniorenfördergesetz ein.
821 Sorgende Gemeinschaften aufbauenDie meisten älteren Menschen möchten so lange
822 wie möglich selbstständig in ihrer vertrauten Umgebung leben. Dafür braucht es
823 keine institutionellen Großlösungen, sondern starke, solidarische
824 Gemeinschaften. Wir GRÜNE fördern nachbarschaftliche Netzwerke,
825 Mehrgenerationenprojekte und neue Wohnformen wie Pflegewohngemeinschaften oder
826 generationenübergreifende Wohnprojekte mit Pflegeleistungen im Bedarfsfall.
827 Gemeinschaftliche Ressourcen wie Nachbarschaftshilfe, Besuchsdienste, gemeinsame
828 Mobilität und digitale Vernetzung sind vorzuziehen, bevor professionelle Pflege
829 notwendig wird.
830

831 Das Saarburger Modell zeigt exemplarisch, wie dies gelingen kann: Durch
832 Dorfgesundheitshütten, gemeinsame Dorfmobile, Permakultur-Gärten und
833 Nachbarschaftsgruppen via Messenger-Dienst entstehen sorgende Gemeinschaften von
834 unten. Gesundheitsförderung und Prävention werden zur kommunalen Aufgabe, ältere
835 Menschen bleiben aktiv und eingebunden. Wir setzen uns für die Verbreitung
836 solcher Modelle und ihre Unterstützung durch Land und Kommunen ein.Kommunale
837 Mitbestimmung stärken
838 Ältere Menschen müssen ihre Lebensumgebung mitgestalten können. Wir GRÜNE

839 fördern kommunale Seniorenvertretungen mit echten Mitspracherechten und
840 verbesserte Beteiligungsformate bei der Orts- und Quartiersentwicklung. Bei der
841 Pflegestrukturplanung müssen die Betroffenen selbst am Tisch sitzen. Wir setzen
842 uns für eine kommunale Pflegekonferenz ein, in der ältere Bürger:innen,
843 Angehörige, Kommunen und Träger gemeinsam über bedarfsgerechte Angebote
844 entscheiden. Die Förderung von Projekten muss transparent und partizipativ
845 erfolgen. Innovative Konzepte fördern

846 Gute Altenpolitik denkt Lebensqualität, Sinnhaftigkeit und Gemeinschaft
847 zusammen. Beispielsweise verbinden Pflegebauernhöfe bäuerliche Landwirtschaft
848 mit Pflege und schaffen so Orte, an denen ältere Menschen mit
849 Unterstützungsbedarf aktiv am Hofleben teilhaben, Tiere versorgen und im Garten
850 arbeiten können. Solche Konzepte zeigen: Pflege kann mehr sein als Versorgung –
851 sie kann Teilhabe, Naturverbundenheit und Würde ermöglichen. Wir GRÜNE
852 unterstützen innovative Ansätze, die über klassische Heimversorgung
853 hinausgehen. Pflegende Angehörige unterstützen Ein Großteil der Pflegebedürftigen
854 wird im häuslichen Umfeld von Angehörigen gepflegt – oft rund um die Uhr und
855 über Jahre hinweg. Diese Leistung ist unbezahlbar und verdient höchste
856 Anerkennung. Doch pflegende Angehörige stoßen häufig an ihre Grenzen:
857 gesundheitlich, finanziell und sozial. Wir GRÜNE setzen uns für wirksame
858 Entlastung ein. Dazu gehören der Ausbau von ambulanter Pflege, Tages-, Nacht-
859 und Kurzzeitpflege sowie niedrigschwellige Angebote wie Quartiersstützpunkte
860 oder Nachbarschaftszentren mit stundenweiser Betreuung. Pflegende Angehörige
861 brauchen Beratung, Schulung und psychosoziale Unterstützung – sowie die
862 Möglichkeit, Beruf und Pflege besser zu vereinbaren. Wir setzen uns auf
863 Bundesebene für eine Pflegezeit zur Freistellung von der Arbeit ein, die mit
864 einer Lohnersatzleistung verbunden ist.

865 Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz ein Landesprogramm zur Vereinbarkeit von
866 Beruf und Pflege ins Leben rufen, um berufstätige pflegende Angehörige
867 nachhaltig zu unterstützen.

868 Professionelle Pflege als Teil eines Ganzen Professionelle Pflege bleibt
869 unverzichtbar, wenn Unterstützungsbedarf komplex wird. Pflegekräfte mit
870 umfassender Ausbildung brauchen bessere Arbeitsbedingungen, angemessene
871 Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten. Wir fördern neue Ausbildungsmodelle wie
872 Teilzeitausbildung und duale Formate sowie eine modulare Weiterbildung. Auch
873 nicht-ärztliches Personal wie Advanced Practice Nurses soll mehr Verantwortung
874 übernehmen können. Bei der Akquise von Fachkräften aus dem Ausland setzen wir
875 uns für faire Anerkennungsverfahren, Sprachförderung und die Unterstützung durch
876 Integrationslots:innen ein. Die Initiative für Pflegekräfte wollen wir auf
877 Menschen mit Behinderungen ausweiten (Assistenz und Dienste). Wir fördern
878 geschlechter-, LSBTIQ*- und kultursensible Angebote und Einrichtungen. Wir
879 bekennen uns zur Pflegekammer als Vertretung der professionellen Pflege. Um
880 deren Akzeptanz innerhalb der Berufsgruppe zu fördern, fordern wir gute

882 Rahmenbedingungen, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zu garantieren. Die
883 Rahmenbedingungen für Weiter- und Fortbildungsangebote der Pflegefachpersonen
884 müssen zwischen Pflegekammer, Land und Arbeitgeber abgestimmt werden.

885 **Integration**

886 **Migration und Integration: menschlich, klar, gerecht**

887 Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz die Chance auf ein gutes
888 Leben haben – egal, woher sie kommen. Wir öffnen Wege für Menschen, die bei uns
889 leben und arbeiten möchten. Und wir begegnen Menschen, die bei uns Schutz
890 suchen, mit Menschlichkeit und Weitblick. Wir wollen Integration, die im Alltag
891 funktioniert.

892 **Ankommen in Rheinland-Pfalz – gut organisiert und menschlich**

893 Flucht und Migration prägen unsere Zukunft – sie entscheiden mit über
894 Zusammenhalt, Demokratie und Menschlichkeit. Wir wissen: Rheinland-Pfalz lebt
895 von Zuwanderung, wirtschaftlich wie gesellschaftlich. Und wir bleiben ein Land,
896 das Menschen in Not aufnimmt. Darum machen wir Integration zu einer dauerhaften,
897 strukturell verankerten Aufgabe, die in allen Politikfeldern mitgedacht wird.
898 Auch unter den engen europäischen und bundespolitischen Vorgaben werden wir alle
899 vorhandenen Spielräume ausschöpfen, um Geflüchtete menschlich aufzunehmen,
900 Integration zu fördern und Menschenrechte zu wahren.
901 In dieser Legislaturperiode haben wir ein verlässliches System geschaffen, das
902 den Kommunen Sicherheit gibt und auch bei schwankenden Ankunftszyhlen trägt.
903 Damit haben wir gezeigt: gute Strukturen in der Aufnahme funktionieren. Darauf
904 wollen wir aufbauen.

905 Wir wollen, dass Ankommen von Anfang an gelingt.
906 Menschen sollen möglichst rasch aus Erstaufnahmeeinrichtungen in unsere Städte
907 und Dörfer ziehen können – dorthin, wo Teilhabe, Begegnung und Zukunft beginnen.
908 Dafür stärken wir die Kommunen gezielt beim Ausbau ihrer Aufnahmekapazitäten und
909 schaffen Raum für gutes Ankommen in Rheinland-Pfalz.

910 Unser Ziel ist es, Integration von Anfang an noch besser zu gestalten mit
911 starker sozialer Begleitung vor Ort.

912 Besonders wichtig ist uns, dass alle Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich
913 Zugang zu Schule und Bildung erhalten. Denn Bildung schafft Struktur eröffnet
914 Perspektiven und gibt ein Stück Alltag zurück. Wir wollen Integrationspolitik
915 als zentrale Querschnittsaufgabe mit klaren Zuständigkeiten
916 und transparenter Finanzierung weiterentwickeln, um Land und Kommunen
917 langfristige
918 Planungssicherheit zu geben.

919 **Integration aus einem Guss**

920 Integration gelingt vor allem im Arbeitsmarkt, Einwanderung nur mit
921 Integrationsmaßnahmen wie Deutsch- und Welcome-Kursen und Asylrecht kann nur
922 effizient durchgesetzt werden, wenn es rechtssicher und zentral organisiert ist.
923 Wir schaffen daher ein Landesamt für Integration, Einwanderung und
924 Rückführungen. Damit übernehmen wir als Land Verantwortung, bündeln Kompetenzen
925 an einer Stelle und entlasten die kommunalen Behörden langfristig in allen
926 Bereichen der Integrationspolitik.

927 Integration gelingt, wenn sie vor Ort passiert. Deshalb haben wir in allen
928 Kommunen Integrationsmanager:innen eingeführt. Dieses Programm führen wir in
929 enger Abstimmung mit den Akteur:innen vor Ort fort.

930 Integration ist für uns eine staatliche Daueraufgabe. Daher wollen wir mit einem
931 rheinland-pfälzischen Integrationsgesetz dafür sorgen, dass es in Zukunft klare,
932 belastbare und abgesicherte Regeln und Strukturen gibt.

933
934 Dabei wollen wir sicherstellen, dass Integration in allen Regionen auf
935 verlässlichen Grundlagen erfolgt. Dafür streben wir landesweit nachvollziehbare
936 Qualitätsstandards und regelmäßige Berichtsformate an, um gute Praxis sichtbar
937 zu machen und Weiterentwicklungen zu fördern.

938
939 Die Kooperationsstrategie Integration bleibt für uns eine wichtige Grundlage, um
940 die Bedürfnisse derjenigen zu erkennen, die Integrationsarbeit vor Ort leisten,
941 und um gezielte Unterstützungsangebote zu entwickeln. Wir wollen diese
942 Zusammenarbeit mit klaren Zuständigkeiten und dauerhaft tragfähigen
943 Finanzierungsmodellen weiter stärken.

944
945 Eine leicht zugängliche Beratung im Alltag ist zentral, damit Zugewanderte
946 Orientierung finden und ihre Rechte kennen. Wir setzen uns daher für
947 niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote ein und prüfen den Ausbau
948 unabhängiger Anlaufstellen zur rechtlichen und sozialen Unterstützung.

949
950 Wir fördern Begegnungsräume und unterstützen Nachbarschaftsprojekte,
951 Mehrgenerationenhäuser und Jugendzentren als Orte sozialer Integration. Denn
952 gesellschaftliche Teilhabe entsteht dort, wo Menschen einander begegnen. Ein
953 flächendeckendes Netz von Sozialdiensten und gezielter Familienhilfe ist
954 zentral, um Menschen beim Ankommen in unserer Gesellschaft zu unterstützen,
955 ebenso wie die Zusammenarbeit mit den Akteur*innen vor Ort – diese Strukturen
956 wollen wir nachhaltig stärken.

957
958 Wir fördern niedrigschwellige Beratung im Alltag und setzen uns bei der

960 Bundesregierung dafür ein, dass Familiennachzug auch für volljährige Kinder wieder möglich wird.

961 Denn nur wer keine Angst um Angehörige haben muss, kann wirklich ankommen.
962 Gutes Ankommen braucht angemessenen Wohnraum. Wir fördern die dezentrale
963 Unterbringung von Geflüchteten und unterstützen Kommunen und private
964 Akteur:innen beim Aufbau fairer und dauerhafter Strukturen – etwa durch
965 Wohnraumbörsen, kommunale Anreize und Koordinierungsstellen für Menschen mit
966 Vermittlungshemmissen. Mit einem landesweiten Monitoring gegen Diskriminierung
967 auf dem Wohnungsmarkt wollen wir bestehende Benachteiligungen sichtbar machen
968 und gezielt abbauen.
969 Humanität ist für uns nicht verhandelbar. Bei der Umsetzung des Gemeinsamen
970 Europäischen Asylsystems (GEAS) auf Landesebene stellen wir Humanität und
971 Menschenrechte in den Vordergrund.

972 Sprache und Arbeit – Schlüssel zur Teilhabe

973 Deutsche Sprache ist der Schlüssel zu Arbeit und sozialer Teilhabe. Deshalb
974 haben wir mit dem „Haus der Sprachmittlung“ einen starken Standard gesetzt. Wir
975 erwarten vom Bund, dass er die Deutschkurse bedarfsgerecht ausbaut, sodass alle
976 schnell Zugang erhalten.
977 Wir fordern den Ausbau professioneller Sprachmittlung, insbesondere in den
978 Bereichen Bildung und Gesundheit. Viele Migrant:innen bringen Mehrsprachigkeit
979 als wertvolle Kompetenz mit. Wir wollen dieses Potenzial sichtbar machen und
980 fördern – ob als Vorteil für unsere Wirtschaft, im Bildungswesen oder in der
981 Sprachmittlung. So wird Vielfalt zu einem echten Standortvorteil.
982 In den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen Kompetenzen frühzeitig erkannt und
983 passende Qualifizierungen begonnen werden. Lehrkräfte sollen besser bezahlt
984 werden – so stärken wir die Qualität von Anfang an. Auch berufsbegleitende
985 Deutschkurse, mehr Kinderbetreuung und gezielte Angebote für geflüchtete Frauen
986 erleichtern den Weg in Arbeit und fördern die soziale Teilhabe.
987 Dazu gehören die Förderung digitaler Lernformate und die Fahrtkostenhilfe für
988 mobile Sprachförderung. Wir setzen uns dafür ein, dass Sprachförderangebote
989 möglichst frühzeitig beginnen können und der Zugang zu weiterführenden
990 Deutschkursen auf höherem Niveau verbessert wird
991 Gemeinsam mit dem Bund wollen wir darauf hinwirken, dass Sprachförderung von
992 Beginn an flächendeckend und verlässlich zur Verfügung steht. Wir setzen uns
993 außerdem dafür ein, dass ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt **und**
994 **die Standards für den Nachweis formaler Qualifikationen angemessen gesenkt**
995 **werde.**

996 Viele Geflüchtete mussten ihre Schule oder Ausbildung unterbrechen – sie
997 verdienen faire Chancen zum Neustart. Zudem schaffen wir Förderprogramme für

998 Menschen mit Migrationsgeschichte sowie gezielte Programme und Zertifikate z.B.
999 zur Integration Geflüchteter in Gesundheitswesen, Pflege und Verwaltung.
1000 Übergangscoaches für Ausbildung/Beruf sowie spezifische Programme für Frauen,
1001 Jugendliche und andere benachteiligte Gruppen sind dabei unser Weg.
1002 So schaffen wir Chancen, stärken Integration und gewinnen Fachkräfte, die unser
1003 Land braucht.

1004 Wir GRÜNE wollen, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf Bundesebene
1005 erhalten bleibt – mit Spurwechsel und klaren Bleiberechten für Menschen, die
1006 hier arbeiten oder eine Ausbildung machen möchten. Wer integriert ist und seinen
1007 Lebensunterhalt selbst bestreitet, soll nicht abgeschoben werden.

1008 **Schutz für besonders Betroffene**

1009 Viele Geflüchtete sind in besonderem Maße schutzbedürftig. Gefährliche
1010 Fluchtrouten und gewaltsame Konflikte im Herkunftsland tragen dazu bei. Deshalb
1011 haben wir die psychosoziale Versorgung in der vergangenen Legislaturperiode
1012 massiv gestärkt. Diese Unterstützung bauen wir weiter aus.

1013
1014 Zusätzlich etablieren wir explizite psychosoziale Angebote für Opfer von
1015 Hasskriminalität.

1016
1017 So erkennen wir, wer besondere Hilfe braucht und können frühzeitig Unterstützung
1018 anbieten. Geflüchtete Frauen wollen wir besser schützen, etwa durch neue
1019 Regelungen im Gewalthilfegesetz auf Bundesebene. Dafür setzen wir uns für eine
1020 Regelung auf Bundesebene ein, damit geflüchtete Frauen und Kinder in Not in
1021 Rheinland-Pfalz eine sichere Zukunft haben. Durch die datenschutzkonforme
1022 Weitergabe von Informationen an die Kommunen sichern wir Kontinuität in der
1023 Unterstützung.

1024
1025 Wir wollen, dass besonders schutzbedürftige Geflüchtete frühzeitig erkannt und
1026 gut begleitet werden. Dazu gehören verbindliche Gewaltschutzkonzepte in allen
1027 Einrichtungen, ein systematisches Screening auf Schutzbedarfe und eine starke
1028 psychosoziale Versorgung mit verlässlicher Finanzierung.

1029
1030 Wir wollen, dass Integration einen höheren Stellenwert erhält bei der Frage, wer
1031 hierbleiben darf. Solche Familien, Kinder und Jugendliche, aber auch Menschen
1032 die arbeiten sollen nicht abgeschoben werden. Wer schwere Straftaten begeht und
1033 sich gegen unser Grundgesetz stellt, soll hingegen das Land verlassen müssen.

1034
1035 Wir wollen, dass besonders schutzbedürftige Geflüchtete frühzeitig erkannt und
1036 gut begleitet werden. Dazu gehören verbindliche Gewaltschutzkonzepte in allen
Einrichtungen, ein systematisches Screening auf Schutzbedarfe und eine starke

1037 psychosoziale Versorgung mit verlässlicher Finanzierung. Durch die
1038 datenschutzkonforme Weitergabe von Informationen an die Kommunen sichern wir
1039 Kontinuität in der Unterstützung.

1040 Wir stehen zum Instrument der Härtefallkommission und setzen uns weiter für die
1041 Akzeptanz des Kirchenasyls ein.

1042 Unsere Zivilgesellschaft wird durch vielfaches Engagement gestärkt. Engagierte
1043 in der solidarischen Flüchtlingsarbeit und in der Demokratiearbeit sind in hohem
1044 Maße von Hasskriminalität betroffen. Auch andere Personengruppen erleben
1045 zunehmend Angriffe. Wir etablieren neue psychosoziale Angebote für Opfer von
1046 Hasskriminalität.

1047 **Zuflucht bieten und Menschen schützen**

1048 Wir GRÜNE stehen für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Asylpolitik.
1049 Wir fördern zivilgesellschaftliche Initiativen, NGOs ebenso wie innovative
1050 Projekte und arbeiten eng mit ihnen zusammen. Wir schützen sie vor rechter
1051 Diffamierung und demokratiefeindlichen Angriffen.

1052 Besonders schutzbedürftige Menschen – etwa Familien, Kinder oder Traumatisierte
1053 – erhalten besondere Unterstützung und Zugang zu passgenauen
1054 Hilfsangeboten.

1055 Wir prüfen Abschiebestopps für vulnerable Gruppen und Möglichkeiten für
1056 Landesaufnahmeprogramme für besonders schutzbedürftige Menschen.

1057 Wir GRÜNE unterstützen Kommunen, die sich als sichere Häfen engagieren und
1058 freiwillig mehr Geflüchtete aufnehmen
1059 möchten.

1060 Wir fördern Austausch und Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen, um
1061 Integration, Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung zu stärken. Wir stehen für
1062 eine Asylpolitik, die Menschenwürde wahrt. Haftähnliche Unterkünfte im Rahmen
1063 der GEAS Reform vor allem für vulnerable Gruppen
1064 , z.B. Familien und Kinder, haben darin keinen Platz.

1065 **Demokratie durch Teilhabe stärken**

1066 Wer hier lebt, soll mitentscheiden dürfen. Deshalb kämpfen wir weiter für ein
1067 kommunales Wahlrecht für alle – unabhängig vom Pass. Und wir wollen, dass auch
1068 EU-Bürger:innen, die in Rheinland-Pfalz leben, bei Landtagswahlen wählen können.
1069

1070 Demokratie lebt von Beteiligung. Deshalb setzen wir uns für eine Ausweitung
1071 politischer Teilhaberechte für alle Menschen ein, die dauerhaft in Rheinland-
1072 Pfalz leben. Wir unterstützen auf Bundesebene Initiativen für ein kommunales
1073 Wahlrecht unabhängig vom Pass und für die Erweiterung des Wahlrechts von EU-
1074 Bürger:innen.

1075 Auf Landesebene stärken wir die Beteiligung von Migrant:innen an kommunalen
1076 Entscheidungsprozessen – über das Wahlrecht hinaus. Dazu fördern wir Migrations-
1077 und Integrationsbeiräte, politische Bildung in allen Gemeinden.

1078 **Unterstützung für die Zivilgesellschaft**

1079 Wir stehen an der Seite der vielen Menschen, die sich tagtäglich für Geflüchtete
1080 und ein solidarisches Miteinander einsetzen. Gegen rechte Hetze und Ausgrenzung
1081 setzen wir klare Haltung und konkrete Unterstützung. Dieses Engagement stärken
1082 wir weiter – durch systematische Vernetzung und strukturelle Förderung
1083 migrantischer Selbstorganisationen, Netzwerke, Vereine, Nachbarschaftsarbeit und
1084 Begegnungsräume. Wir fördern das Ehrenamt und schaffen dafür hauptamtliche
1085 Anlaufstellen und Lots:innenprogramme. Ebenso stärken wir Quartiersarbeit und
1086 lokale Demokratiearbeit, um Beteiligung und gesellschaftlichen Zusammenhalt
1087 dauerhaft zu sichern.

1088 **Frauen und Gleichstellung** Wir Grüne sind seit unserer Gründung eine
1089 feministische Partei und treten auch heute entschieden für echte Gleichstellung
1090 ein. Mit unserer Frauenquote haben wir Geschichte geschrieben und dafür gesorgt,
1091 dass mehr Frauen in die Parlamente und politische Ämter gekommen sind. In den
1092 letzten Jahrzehnten konnten viele wichtige Fortschritte erreicht werden, doch
1093 antifeministische Bestrebungen drohen, diese rückgängig zu machen. Wir Grüne
1094 treten diesem Backlash entschieden entgegen.

1095 **Für echte Gleichstellung**

1096 Wir fordern den Bund auf, das Ehegattensplitting endlich zu reformieren und
1097 durch ein gerechtes, individuelles Steuermodell zu ersetzen, da es Frauen
1098 strukturell benachteiligt und nicht mehr zu den Lebensrealitäten vieler Familien
1099 passt.

1100 Wir wollen ein landesweites Programm „Entgeltgleichheit jetzt!“ zur Förderung
1101 von Unternehmen, die freiwillig Gehaltsanalysen durchführen und Lohnlücken, die
1102 sogenannte Gender Pay Gap, schließen. Hier können wir uns Beratungs- und Audit-
1103 Angebote, anlehnd an das ‚Logib-D‘, vorstellen. Wir flankieren dies durch die
1104 öffentliche Auszeichnung ‚Fair Pay RLP‘ für Unternehmen mit nachweislich
1105 gerechter Entgeltstruktur, als faire Arbeitgeber. Zudem wollen wir Projekte
1106 fördern, die die gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit in Familien
1107 stärken. Gleichstellungsbeauftragte sind in den Behörden und den Kommunen
1108 wichtige Expertinnen um konkret die Gleichstellung von Frauen und Männern
1109 voranzutreiben. Wir treten Angriffen auf diese engagierten Frauen und ihre
1110 Arbeit entschieden entgegen! Wir werden uns dafür einsetzen, die Position der

1111 Gleichstellungsbeauftragten im Rahmen der Gemeindeordnung zu stärken. **Wir setzen**
1112 **uns weiterhin für mehr Frauen Führungspositionen sowie politischen Ämtern ein.**
1113 **Unter anderem soll daher die Kampagne "Mehr Frauen in die Kommunalpolitik"**
1114 **fortgeführt und weiterentwickelt werden.**

1115 **Gewalthilfegesetz konsequent und gemeinsam umsetzen**

1116 Der konsequente Schutz von Frauen vor Gewalt erfordert eine gemeinsame
1117 Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Beim Ausbau der Frauenhäuser haben
1118 wir große Fortschritte gemacht und insbesondere mit der Einrichtung von Second-
1119 Stage-Wohnungen dafür gesorgt, dass Frauen, die das Frauenhaus verlassen wollen,
1120 eine Übergangsmöglichkeit auf dem Weg zurück in die Eigenständigkeit zur
1121 Verfügung steht. Den Ausbau **und die Stärkung** der Frauenhäuser und Second-Stage-
1122 Wohnungen, der Frauennotrufe und der Interventionsstellen werden wir fortführen
1123 und die Istanbul-Konvention in Rheinland-Pfalz vollständig umsetzen und
1124 forcieren. Das Gewalthilfegesetz der Ampelregierung sichert betroffenen Frauen
1125 ab dem 1. Januar 2032 bundesweit einen individuellen Rechtsanspruch auf
1126 kostenfreien Schutz und Beratung zu. Wir GRÜNE setzen uns uneingeschränkt für
1127 eine konsequente Umsetzung des Gewalthilfegesetzes ein. Dabei berücksichtigen
1128 wir die Bedarfe besonders vulnerabler Gruppen wie wohnungsloser Frauen, Frauen
1129 mit Behinderung, geflüchteter Frauen, trans* Frauen und Frauen in der
1130 Prostitution. Darüber hinaus muss der Gewaltschutz im Familienrecht verankert
1131 werden. Gewaltschutzmassnahmen sind zwar bereits über das Gewaltschutzgesetz im
1132 Familienrecht anwendbar, doch es ist wichtig, entsprechende Maßnahmen im
1133 familiengerichtlichen Verfahren umfassender zu verankern. So können wir
1134 besonders Frauen und Kinder wirksamer vor häuslicher und partnerschaftlicher
1135 Gewalt schützen.

1136
1137
1138 Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für weitere rechtliche Verbesserungen im
1139 Schutz vor Übergriffen und Gewalt ein, wie beispielweise das Unterstrafestellen
1140 von Catcalling.

1141 **Gewalt vorbeugen**

1142 Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik. Eine umfassende Gleichstellungspolitik
1143 stärkt sozialen Zusammenhalt. Davon profitieren Frauen und Männer gleichermaßen.
1144 Sie betrifft alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Junge Menschen erleben
1145 zugleich eine zunehmende Verrohung in sozialen Netzwerken, ein Erstarken
1146 antifeministischer Tendenzen und eine Erosion demokratischer Grundwerte, für die
1147 insbesondere Jungs und junge Männer anfällig sind. Hier wollen wir früh
1148 ansetzen, auch um der gesellschaftlichen Spaltung zwischen jungen Männern und
1149 jungen Frauen entgegenzuwirken. Die Stärkung von Demokratiekompetenz und

1150 Konfliktlösungsfähigkeit ist der effektivste Schutz vor späterer Gewalt. Dazu
1151 wollen wir unter anderem Angebote für Jungen und junge Männer stärken, aber auch
1152 die Täterarbeitseinrichtungen weiter unterstützen. Sexaulaufklärung soll junge
1153 Menschen stärken – mit einem Fokus auf Selbstbestimmung statt Klischees.

1154 **Frauengesundheit fördern**

1155 Wir machen uns für bessere Zugänge zu Schwangerschaftsabbrüchen stark und setzen
1156 uns auf Bundesebene weiter für die Abschaffung des Paragraphen 218
1157 Strafgesetzbuch ein. Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche sollen
1158 rechtmäßig und nicht nur straffrei sein. Sie sollen Teil einer guten
1159 wohnortnahmen Gesundheitsversorgung sein und zudem selbstverständlicher
1160 Bestandteil der medizinischen Ausbildung werden, damit überall im Land eine
1161 qualifizierte Versorgung gewährleistet ist. Ebenso wollen wir freien Zugang zu
1162 Periodenartikeln ermöglichen sowie flächendeckend kostenfreie Verhütungsmittel.
1163

1164 **Wir wollen Forschung zu gendersensibler Medizin stärken und setzen uns für den
1165 Wissenstransfer in die medizinische Versorgung ein.**

1166 **Antidiskriminierung**

1167 **Gleiche Rechte und Schutz vor Diskriminierung**

1168 Wir wollen, dass alle Rheinland-Pfälzer:innen – unabhängig von Hautfarbe,
1169 Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung
1170 oder Alter – sich in allen Lebensbereichen frei entfalten können. Das gilt für
1171 ihren Job, bei der Wohnungssuche, in der Schule oder im öffentlichen Raum.
1172 Deshalb greifen wir mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz dort ein, wo
1173 Menschen bislang nicht ausreichend geschützt wurden und geben ihnen konkrete
1174 Möglichkeiten, sich konsequent zu wehren. Wir setzen uns für eine
1175 Beweiserleichterung im Diskriminierungsrecht ein, um den Opferschutz zu stärken.
1176 Wir wollen den Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene
1177 Menschenfeindlichkeit fortführen, evaluieren und weiterentwickeln. Er ist ein
1178 wichtiges Werkzeug zur Vernetzung, zur Stärkung von Strukturen und Entwicklung
1179 neuer Ideen und Ansätze. Dazu gehören Antirassismus-Workshops in Schulen und
1180 Behörden, die Integration von Menschenrechts- und Antidiskriminierungsbildung
1181 und besondere Aufklärungskampagnen gegen Fake News und rassistische Narrative.
1182 Wir stärken die Verzahnung von Inklusions- und Antidiskriminierungspolitik.
1183 Diskriminierung wegen Behinderung wird als strukturelle Benachteiligung
1184 anerkannt und durch das Landesantidiskriminierungsgesetz ausdrücklich erfasst.

1185 **Beratung, Prävention und konsequentes Handeln**

1186 Wir bauen die Beratungsstellen gegen Diskriminierung im Land aus – barrierefrei,
1187 unabhängig und mehrsprachig. Wir fördern Vielfalt in der Verwaltung, damit sie
1188 die Gesellschaft besser abbildet. Wir sichern Projekte, die die Bildung gegen
1189 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Kitas, Schulen, Jugendzentren und in
1190 der Polizei stärken. Dazu zählt die Einführung eines Antirassismus-Workshop-
1191 Programms für Schulen und Behörden. Menschenfeindliche Vorfälle richten sich
1192 nicht nur gegen Einzelne. Sie gefährden unser gesellschaftliches Miteinander
1193 sowie unsere Demokratie und verletzen die Menschenrechte. Die Melde- und
1194 Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz wollen
1195 wir deshalb in ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen. Jeder gemeldete
1196 Vorfall trägt dazu bei, das Dunkelfeld weiter aufzuhellen. Damit Betroffene
1197 schnell die richtige Hilfe bekommen, wollen wir den digitalen Beratungskompass
1198 kontinuierlich weiterentwickeln.

1199 Religion und Weltanschauung

1200
1201 Rheinland-Pfalz ist ein Land der religiösen und weltanschaulichen Vielfalt – und
1202 das ist eine Stärke. Menschen sollen ihre religiöse oder weltanschaulische
1203 Identität frei leben können, in einer offenen, demokratischen und inklusiven
1204 Gesellschaft. Religiöse und weltanschauliche Vielfalt ist kein Problem, sondern
1205 Teil der Lösung für ein friedliches Zusammenleben und gesellschaftliche
1206 Resilienz.

1207
1208 Für uns GRÜNE ist der Grundsatz der Gleichbehandlung selbstverständlich. Der
1209 Islam gehört zu Rheinland-Pfalz und soll in Schulen, auf Friedhöfen und bei
1210 Feiertagsregelungen stärker berücksichtigt werden. Wir befürworten neben dem
1211 christlichen und jüdischen Religionsunterricht den Aufbau eines islamischen
1212 Religionsunterrichts und wollen perspektivisch einen gemeinsamen Unterricht
1213 fördern, in dem religionskundliche und ethische Inhalte dialogisch vermittelt
1214 werden.

1215
1216 Staatliche Regelungen sollen das religiöse oder weltanschauliche Leben
1217 ermöglichen, nicht einschränken. Deshalb wollen wir Tanzverbote an Feiertagen
1218 aufheben und die Regelungen auf den Schutz religiöser Veranstaltungen
1219 konzentrieren. Ebenso stehen wir einer bundesweiten Ablösung der
1220 Staatsleistungen an Kirchen offen gegenüber.

1221
1222 Die Unterstützung der jüdischen Gemeinden bleibt Teil unserer historischen
1223 Verantwortung. Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus haben keinen Platz.
1224 Die Beauftragten der Landesregierung für jüdisches Leben, Antisemitismus- und
1225 Antiziganismusfragen wollen wir fortführen und stärken.

1226
1227 Ein friedliches Miteinander wird auch bestimmt durch ein gutes Zusammenleben der

1228 unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen. Rheinland-Pfalz soll Vorreiter
1229 einer transkulturellen Öffnung werden. Wir entwickeln dafür eine
1230 ressortübergreifende Strategie, sichern die nötigen Ressourcen und erarbeiten
1231 die Konzepte gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partner:innen.
1232

1233
1234 Wir setzen auf Dialog statt Spaltung: Religion kann Gemeinschaft stiften, Werte
1235 vermitteln und Demokratie stärken. Religiöse Akteur:innen sind für uns
1236 Partner:innen für Respekt, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
1237 Religiöse Werte wie Nächstenliebe, Solidarität und Bewahrung der Schöpfung
1238 verbinden sich mit grüner Politik – für eine Gesellschaft, in der alle Menschen
1239 in Würde leben können.

1240 **Queerpolitik**

1241 **Schutz und Prävention ausbauen**

1242 Gewalt und Anfeindungen gegen queere Menschen nehmen auch in Rheinland-Pfalz in
1243 erschreckendem Ausmaß zu. Das akzeptieren wir nicht. Wir GRÜNE setzen uns
1244 entschieden dafür ein, dass in unserer Landesverfassung Artikel 4 folgendermaßen
1245 ergänzt wird "einer sexuellen Identität". So soll Queerfeindlichkeit auch
1246 zukünftig entschieden bekämpft werden. Wir stehen klar und unerschütterlich an
1247 der Seite der queeren Community. Unser Ziel ist ein Land, in dem alle Menschen
1248 frei, sicher und selbstbestimmt leben können – unabhängig von ihrer sexuellen
1249 Orientierung, geschlechtlichen Identität oder Familienform.
1250

1251 Den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ werden wir konsequent
1252 weiterentwickeln und den modernen Herausforderungen anpassen. Queere Zentren
1253 werden wir durch institutionelle Förderungen in allen Oberzentren fördern und
1254 dort Schutzzäume, Beratung und Begegnung bieten. Auf Landesebene wollen wir den
1255 Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität um
1256 Antidiskriminierung ergänzen und zu einer eigenständigen und noch
1257 schlagkräftigeren Stelle machen, ausgestattet mit klaren Kompetenzen und
1258 Ressourcen.
1259

1260 Mit einer Lebenslagenstudie für Rheinland-Pfalz oder der Beteiligung an einer
1261 bundesweiten Studie wollen wir das Dunkelfeld der Gewaltbetroffenheit queerer
1262 Menschen erhellen, um daraus Maßnahmen für einen besseren Schutz abzuleiten.
1263 Auch die Einrichtung einer Fachstelle zur Unterstützung queerer Geflüchteter
1264 soll zu einem wirksameren Gewaltschutz beitragen.
1265

1266 Das bildungspolitische Projekt „SCHLAU“ für Veranstaltungen im ganzen Land
1267 werden wir weiter stärken. Gleichzeitig modernisieren wir den

1268 Sexualkundeunterricht an Schulen, damit Vielfalt von Anfang an ihren Platz hat.
1269 Die Belange queerer Jugendlicher wollen wir auch in den Strukturen der Kinder-
1270 und Jugendhilfe sowie in der Jugendarbeit stärker in den Fokus nehmen, um
1271 Diskriminierung zu verhindern. Fortbildungsangebote zum Thema Familienvielfalt
1272 verstetigen wir dauerhaft. Beratungsangebote für queere Menschen und ihre
1273 Angehörigen werden wir sichern und ausbauen – auch bei Polizei und Justiz, wo
1274 wir weitere spezialisierte Ansprechstellen schaffen.

1275

1276 Rechtliche Gleichstellung voranbringen

1277
1278 Queere Gleichstellung bedeutet auch, diskriminierende Gesetze zu beseitigen und
1279 moderne Familienrealitäten rechtlich abzusichern. Deshalb setzen wir uns für die
1280 Abschaffung des „Sittenparagraphen“ in der Landesverfassung ein. Ein veralteter
1281 Begriff wie „gegen die guten Sitten“ darf nie wieder als Grundlage für
1282 Diskriminierung dienen. Wir GRÜNE setzen uns entschieden dafür ein, dass in
1283 unserer Landesverfassung Artikel 4 folgendermaßen ergänzt wird „einer sexuellen
1284 Orientierung oder geschlechtlichen Identität“. So soll Queerfeindlichkeit auch
1285 zukünftig entschieden bekämpft werden.

1286

1287 Zudem treiben wir die Modernisierung des Abstammungsrechts voran:
1288 Familienvielfalt muss endlich auch im Gesetz abgebildet werden. Kinder sollen
1289 von Geburt an rechtlich gesichert sein – unabhängig davon, ob sie in
1290 Regenbogenfamilien, durch Samenspende oder andere Formen entstehen.
1291 Wir unterstützen eine rechtliche Absicherung der Mehrelternschaft, damit Kinder
1292 abgesichert von mehr als zwei Sorgeberechtigten getragen werden können – so wie
1293 es längst gesellschaftliche Realität ist.

1294

1295

1296 Queere Netzwerke stärken

1297
1298 Die vielen, oft ehrenamtlich getragenen Organisationen, Vereine und Initiativen
1299 sowie die kommunalen Queerbeauftragten sind unverzichtbare Säulen einer
1300 lebendigen Demokratie. Wir werden sie auch in Zukunft als starke Partner*innen
1301 fördern, unterstützen und in einen engen Austausch einbinden. Gerade in Zeiten
1302 von wachsendem Hass und Hetze gilt für uns: Zusammenhalt statt Wegducken.